

**Zeitschrift:** Beiträge zur Aargauergeschichte  
**Herausgeber:** Historische Gesellschaft des Kantons Aargau  
**Band:** 7 (1998)

**Artikel:** Der Bezirk Kulm zur Zeit der Helvetik  
**Autor:** Steiner, Peter  
**Kapitel:** 3.: Helvetisches Schlusspiel 1802/03  
**Autor:** [s.n.]  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-110340>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 04.02.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

niederlegte. Kommissär Gehret drückte einige Tage später dem «Herrn Regierungsstatthalter» sein Bedauern über den Rücktritt aus. Noch am 22. September war er für ihn «Bürger Rothpletz» gewesen. Im zweiten Brief fehlte überdies der «republikanische Gruss». Auch Gehret stellte um. Der Wechsel vom «Bürger» zum «Herrn» entsprach ohnehin einer Anordnung von Kommandant May<sup>57</sup>.

### 3. Helvetisches Schlusspiel 1802/03

Es war nicht das einzige Mal, dass Jakob Gehret sich an neue Gegebenheiten anpassen musste. Denn nochmals drehte sich das Rad. Die Schweizer hatten sich getäuscht, wenn sie meinten, das Ruder wieder selbst in die Hand nehmen zu können. Während der Bürgerkrieg zwischen eidgenössischen und helvetischen Truppen noch im Gange war, zeigte der französische Konsul Napoleon am 4. Oktober sein wahres Gesicht. Er verlangte in ultimativer Form, alle Truppen seien zu entlassen, die letzte helvetische Verfassung sei vorerst wieder in Kraft zu setzen und Abgeordnete hätten sich mit ihm in Paris über eine definitive Staatsordnung zu unterhalten. Als die wiedererstandene Tagsatzung zögerte, machte er am 21. Oktober seine Drohung wahr und liess unter General Ney erneut rund 12000 Mann in die Schweiz einmarschieren<sup>58</sup>.

#### *Unruhige Jahreswende*

Im Aargau bedeutete der Oktober eine Phase der Anarchie. Die seit kurzem regierenden Kräfte wollten nicht weichen, Johann Heinrich Rothpletz vermochte sich nur nach und nach als Regierungsstatthalter wieder durchzusetzen. Am 14. Oktober verabschiedete sich allerdings Oberkommandant May aus dem «Haupt-Quartier zu Arau» in einer letzten gedruckten Proklamation an die aargauischen Gemeinden von seinen «treuen, lieben Mitbrüdern und Freunden». In dem mit dem Berner Wappen geschmückten Erlass verkündete er: «Wir und unsre biedern Truppen fügen uns in den Befehl unsrer Obern, zu dem das Recht des Stärkern sie zwingt.» Er betonte, es gehe darum, das Unglück abzuwenden, welches ein neuer Einzug der Franzosen ins Land bringen würde, und er forderte seine Mitbürger deswegen auf, Ruhe und Ordnung zu bewahren. Vernunft und Realitätssinn sind May nicht abzusprechen. Ganz gab er aber auch nach der Entlassung der Truppen noch nicht auf. Persönlich hielt er sich zwar im Hintergrund, doch versuchte der bisherige Oberzivilkommissär Sinner weiterhin eine Rolle zu spielen und setzte sich für das Fortbestehen der Vereinigung des Aargaus mit Bern ein. Er weilte in Schöffland, zweifellos im Schloss und unter dem Schutz der Familie May. Noch am 18. Oktober musste Rothpletz



## An die Bewohner des obern und untern Aargaus.

Die fortdauernd glänzenden Fortschritte unserer braven und biederen Waffenbrüder sind Euch, wie bisher immer, so auch heute noch bekannt gemacht worden. Eben so offen und redlich haben wir Euch auch die politischen Ereignisse mitgetheilt, welche mit der Ankunft eines französischen Generals, als Abgesandter in Bern, eingetreten sind. Zwar kann in der Folge die jetzt angekündigte Vermittelung des ersten Consuls von Frankreich den schnellen Fortgang unsers Kriegsglücks hemmen, und die Beendigung unsers bisher so glücklich vollführten Werks verzögern.

Die Endgündtsche Tagsatzung in Schwyz kann einzig, und wird die bisherigen Unterhandlungen leiten. Unterdessen, und bis auf die ehrenvollen, von der helvetischen Regierung in Lausanne vorzuschlagenden, Bedingungen, ein Waffenstillstand geschlossen seyn wird, setzt die Endgündtsche Armee ihre Unternehmungen fort. Grenburg ist über, und unsere Truppen befanden sich letzten Montags 3 Stunden von Lausanne. Auch wir sind fest entschlossen, bis zur endlichen Entwicklung in unsern bisherigen Verfügungen fortzufahren, jede unserer Maaßregeln mit Nachdruck zu handhaben, und jeden Ruhestörer, wie jeden Ausbreiter lügenhafter Gerüchte, mit verdoppelter Strenge zu bestrafen. Ruhe und Ordnung waren von Anfang an unser Zweck. Sie sind es noch, und wir werden ihn, wie bisher mit Gelindigkeit, so auch instänktig, erforderlichen Falls mit erdrückender Gewalt zu erreichen wissen. Wir ermahnen daher Jeden ohne Unterschied, und in gänzlicher Uebereinstimmung mit den noch bestehenden Behörden im Aargau, sich noch ferner, so lieb ihm seine Ehre und sein Kopf sind, nicht nur vor allem Thun, sondern auch vor allen Reden zu hüten, wodurch unsere biedern Truppen irre geleitet, oder mißtrauisch gemacht, oder lügenhafte, oder übertriebene, oder entstellte Nachrichten verbreitet, oder veranlaßt werden könnten; So wie wir uns anheischig machen, Euch fortgesetzt, mit unbiegsamer Wahrheit, die ferneren Ereignisse und die jedesmalige Lage der Dinge bekannt zu machen.

Geben im Haupt-Quartier in Aarau den 7. Oktobr. 1802.

**L. May, von Schöftland,**

Ober-Commandant der Bernerischen Truppen  
im Aargau.

**Em. v. Sinner,**

Regierungs-Commissarius im Aargau.

- 56 Proklamation des Oberkommandanten Ludwig May vom 7. Okt. 1802 (stark verkleinert). Noch glaubt May an eine für die Aufständischen günstige Entwicklung und fordert jedermann energisch zu Ruhe und Ordnung auf. Eine Woche später entliess er dann in einer neuen Proklamation (vgl. Text nebenan) seine Truppen.

in einem Schreiben an den Zivilkommissär betonen, dass er kraft der Proklamationen des Ersten Konsuls und des helvetischen Senats von anfangs Monat «als Regierungsstatthalter des Kantons Aargau dastehe» und erwarte, dass Sinner seinen Amtsverrichtungen keine Hindernisse in den Weg lege. Inzwischen konnte Rothpletz nur hoffen, dass seine Weisungen befolgt würden. Vermutlich in seinem Auftrag war der Unterkulmer Christen Berner ab 19. Oktober drei Tage unterwegs, um einen Pulverwagen mit zwei Pferden von Entfelden nach Zürich zu bringen. Seines Amtes sicher fühlen konnte sich der Regierungsstatthalter aber erst seit dem 23. Oktober, als Konkurrent Sinner durch die helvetische Zentralbehörde offiziell abberufen wurde<sup>59</sup>. Jakob Gehret – jetzt wieder als Distriktsstatthalter – wandte sich am gleichen Tag schriftlich «an den Bürger Rothpletz, Regierungsstatthalter des Kantons Aargau» und versicherte diesen, er dürfe «auf die geflüßene Vollziehung» seiner Aufträge zählen. Er vergass auch den republikanischen Gruss nicht. Alles war wie zuvor. Rothpletz seinerseits ordnete erst durch eine Proklamation vom 27. Oktober an, «alle unter den Interimsregierungen oder ihren Truppenkommandanten ... gebildeten Behörden und eingesetzten Beamten» seien «aufgelöst und außer Thätigkeit gesetzt», die vor der Insurrektion tätigen Kantons- und Gemeindebeamten hingegen sollten an ihre Stellen zurückkehren. Die Bevölkerung wurde unter Androhung strengster Strafe zum Gehorsam gegenüber den gesetzlichen Organen aufgefordert<sup>60</sup>.

Wo es Rothpletz nötig schien, nahm er bei den Beamten allerdings Umbesetzungen vor. Er hatte nun keine Hemmungen mehr, im Bezirk Kulm seinen Wunschkandidaten als Unterstatthalter zu berufen, Samuel Speck. Er tat es am 5. November mit den Worten: «Jetzt aber wird es dringend erforderlich, daß die Stellen der Vollziehung durch Männer besezt werden, deren politische Denkungsart über alle Zweifel erhaben sey.» Gleichzeitig stellte er Gehret das Entlassungsschreiben zu. Ihm schrieb er: «Ohne die Verdienste zu mißkennen, welche Sie ... dem Vaterlande geleistet haben, muß ich doch den häufigen Vorstellungen Gehör geben, welche mir aus dem Distrikt Kulm zu Besezung der dasigen Statthalterstelle durch die Person eines biedereren Mannes von republikanischer [Gesinnung] gethan werden, indem Ihr Betragen während der Insurrektion die Gemüther über Ihren Karakter in dieser leztern Rücksicht nicht zu beruhigen scheint.» Wie Rothpletz Gehret gegenüber persönlich eingestellt war, ob er ihm misstraute, wird aus dieser gewundenen Formulierung nicht klar. Er verschanzte sich hinter die «Vorstellungen» aus dem Bezirk Kulm. Wer aber richtete sich dort gegen Gehret? Samuel Speck? Und was warf man Gehret konkret vor? Dieser reagierte in einem Antwortschreiben an Rothpletz eher unerwartet. Er nehme dem Regierungsstatthalter die Entlassung gar nicht übel, und er sei froh, dass weder sein Verhalten während der Insurrektion noch seine politische Einstellung die Ursachen seien. Gehret selbst spürte also keinen



Vorwurf seines Vorgesetzten heraus und war überzeugt, Gerüchte im Bezirk hätten ihn zu Fall gebracht. Er wies darauf hin, sein Aufenthaltsort möge dabei eine Rolle gespielt haben, sein Wohnsitz auf der Liebegg, der Burg der in den Aufstand verwickelten Familie von Diesbach<sup>61</sup>.

Die Bevölkerung im Aargau ging nach der neuen politischen Kehrtwendung nicht einfach zur Tagesordnung über. Mancherorts brodelte es. Der Distriktsstatthalter von Kulm – damals noch Jakob Gehret – meldete am 28. Oktober, in mehreren Gemeinden äusserten sich «starke Symptomen von Gährung». In Gontenschwil sorgte ein Gerücht, der Landsturm «werde ergehen», für Aufregung und allgemeine Verunsicherung. Jede Partei nahm an, ihre Gegner – je nachdem die aristokratischen oder die republikanischen – hätten im Bezirk oder im Kanton Freischaren mobilisiert. Auch sonst ging es in Gontenschwil sehr unruhig zu, und die Dorfwache musste sich Beschimpfungen durch Müller Häfeli gefallen lassen. In Schöftland trieben sich nachts einige der jungen Leute, die zuvor dem Aufgebot der Gebrüder May gefolgt waren, im Dorf herum, gaben Schüsse aus ihren Gewehren ab und leisteten sich auch sonst «ungezimete Unfugen». Weit schlimmer noch trieben es bewaffnete Rotten im Bezirk Brugg, zogen von Dorf zu Dorf, bedrohten die Patrioten mit Plünderung und Mord. Statthalter Rothpletz fürchtete auf Grund der Vorkommnisse zeitweise einen neuen allgemeinen Aufstand<sup>62</sup>.

Inzwischen hatten aber fünf französische Kompanien den Aargau erreicht und hier die Festung Aarburg und die Städte besetzt<sup>63</sup>. Nun konnten die helvetischen Behörden entschiedener durchgreifen. Das galt auch gegenüber den Anführern des «lezthin erfolgten Volksaufstandes». Ludwig May als gewesener Oberkommandierender im Aargau wurde, gestützt auf einen Beschluss des Vollziehungsrats vom 29. November, für umfassende finanzielle Entschädigungen verantwortlich gemacht. Binnen zwei Wochen hätten er und seine ehemaligen Befehlshaber alle den staatlichen Verwaltern und Schaffnern «abgenöthigten Lieferungen an Geldern, Schuldtiteln, Effekten, Lebensmitteln und Naturalien» ersetzen sollen. In der Folge hagelte es im Schloss Schöftland von eingehenden Rechnungen. Ausser dem Kostenverzeichnis der Verwaltungskammer im Betrage von 8945 Franken trafen Forderungen der Munizipalität Aarau, der Munizipalitäten von Suhr und Aarburg, des Trüllmeisters von Windisch und des geschädigten Wirts von Hirschthal ein. Ein Rechnungsposten der Stadt Aarau von 90 Fr. bezog sich – um nur eine Einzelheit zu nennen – auf die zweispännige Kutsche, welche General Erlach am 15. September von Aarau nach Solothurn und weiter nach Bern gebracht hatte. May akzeptierte nicht einfach alles; er verhandelte und versuchte, die von der Kammer geltend gemachten hohen Kosten der gewesenen Standeskommission in Bern als seiner ehemaligen Oberbehörde zu überbürden. Mindestens zum Teil scheint ihm das nach etlichem Hin und Her gelungen zu sein. Mit der Stadt Aarau kam er zu

einem Kompromiss und bezahlte statt der ursprünglich verlangten 1225 Fr. nur deren 895. Nicht bekannt ist, ob sich einige von Mays Mitstreitern an den Kosten beteiligten<sup>64</sup>.

Im übrigen unterhielt Ludwig May die Beziehungen zu seinen politischen Freunden weiterhin, insbesondere die zu Ringier-Seelmatter in Zofingen, mit dem er mindestens seit der Adressengeschichte zusammenarbeitete. In einem seiner Briefe versicherte Ringier seinem «hochgeehrtesten Herrn Freund» in Schöffland: «Ich werde jede Zeit fortfahren, Ihnen anzuzeigen, was ich glauben kan, daß Sie intrebieren dürfte.» Pläne schmiedeten die Herren vorderhand allerdings keine mehr<sup>65</sup>.

Während man den ehemaligen Befehlshaber finanziell unter Druck setzte, mutete man der Bevölkerung Treuekundgebungen und Entwaffnungen zu. Am 15. November schickte Unterstatthalter Speck dem Regierungsstatthalter die Zuschriften der Gemeinden Gontenschwil, Zetzwil, Reinach, Burg, Beinwil, Birrwil, Dürrenäsch und Hirschthal, worin die Munizipalitäten namens der Gemeinden erklärten, sie hätten am Aufstand keinen freiwilligen Anteil genommen und seien sich klar, dass sie «Frankreichs Regierung die übernommene Vermittlung verdankten». Von den übrigen Gemeinden, stellte der Unterstatthalter ärgerlich fest, seien ähnliche Zuschriften «trotz empfohlener Beschleunigung» noch nicht eingegangen. Zumindest die von Rued, vom 14. November datiert und im Original erhalten, muss aber auf dem Fusse gefolgt sein. Die Munizipalität versicherte darin, zweifellos stark untertreibend, es hätten sich nur sehr wenige Bürger aus dem Ruedertal am Septemberaufstand beteiligt. Den Beifall ihres ehemaligen Herrschaftsherrn, dem es vor allem um die Wiederherstellung seiner Vorrechte gegangen sei, habe die Gemeinde dafür nicht erhalten<sup>66</sup>. Es tat der Rueder Munizipalität, besonders ihrem Präsidenten Maurer, zweifellos wohl, sich vom Schlossherrn May distanzieren zu können, hatte man doch erst ein gutes halbes Jahr zuvor mit diesem der Bodenzinse wegen einen Strauss ausgefochten (S. 241 f.). Zwischen den Zeilen konnte man auch dem Regierungsstatthalter eines auswischen, der damals Carl May gegen die Bauern unterstützt hatte.

Auch Reinachs Schreiben ist im Wortlaut bekannt. Die Munizipalität schilderte kurz die Ereignisse des 14. September, distanzierte sich davon und betonte dann, seither seien «die befehle in hiesiger Gemeinde befolget worden, in steter Hinsicht und Vertrauen auf eine glückliche wendung dieser begebenheit, welche uns wirklich durch die Proklamation des ersten Consuls ist angeteüet worden». Der Rest war ein Loblied auf Napoleon, den «grossmütigen Held und Friedensstifter von Europa». Jeder Vernünftige, liess die Reinacher Behörde verlauten, könne mit Zuversicht hoffen, «daß unter der Leitung eines so großen die Freyheit und Menschenrechte ehrenden Mannes dieselben nicht werden eingeschränkt werden, sondern alles so ein Ende nehmen, das wir diesen neuen Beweis deß Wohlwollens

des Ersten Consuls gegen unser Vaterland mit Erkentlichkeit und Dank erkennen werden.»<sup>67</sup>

Man fragt sich, was sich die helvetischen Behörden von solchen erzwungenen, von Ergebenheit und hoffnungsvoller Freude tiefenden Äusserungen versprochen. Zum Nennwert genommen haben sie sie bestimmt nicht. Dass sich die Bevölkerung nicht umerziehen liess, hatten sie inzwischen ja wohl gemerkt. Ein Hauptzweck der Veranstaltung war zweifellos, bei Frankreichs Lenker gute Stimmung zu machen und Kooperationsbereitschaft zu signalisieren, um Schlimmeres zu verhüten.

Auch hinter der erneuten Entwaffnungsaktion steckten die Franzosen. Sie war bereits in den Forderungen Napoleons vom 4. Oktober enthalten. Der stellvertretende Regierungsstatthalter Herosé – Rothpletz war als Abgeordneter nach Paris gereist – verfügte am 11. November die Einsammlung der Waffen im ganzen Kanton. Ruhig gebliebene Bürger durften sie nach seinem Erlass behalten, doch vermitteln die Ergebnisse aus dem Bezirk Kulm den Eindruck, es sei alles eingezogen worden. Selbst der gewesene Statthalter Gehret musste ein Gesuch stellen, um von der Entwaffnung ausgenommen zu werden. Verantwortlich für die rasche Abwicklung waren die Munizipalitäten, welche die Waffen einzufordern und dem Unterstatthalter abzuliefern hatten. Von «rasch» war jedoch vielerorts nicht die Rede, da Bürger und Gemeindebehörden einmal mehr passiven Widerstand leisteten. Im Bezirk Kulm liess Statthalter Herosé deshalb am 24. November ein französisches Detachement einrücken. Es bestand aus Soldaten, die sich in Aarau in Garnison befanden. Sie sorgten auf Weisung von Unterstatthalter Speck der Reihe nach in Oberkulm, Beinwil und Gontenschwil für die Abgabe der verlangten Waffen<sup>68</sup>. Von Zwischenfällen werden wir weiter unten erfahren (S. 279). In Gontenschwil wusste man sich zu arrangieren. Die Munizipalität leistete sich dort einen perfiden Streich. Statt die Soldaten bei ungehorsamen Bürgern unterzubringen, schickte sie das ganze Exekutionskorps dem patriotisch gesinnten Wirt Steiner auf den Hals. So liess sich durch die Anwesenheit des Militärs niemand stark beeindrucken. 21 Männer, die «unter den Insurgenten» gedient hatten – später ist sogar von 32 Leuten die Rede –, gaben ihre Waffen beharrlich nicht ab. Ihre Rädelsführer waren Aide-Major Frey und die Leutnants Haller und Peter, «diese bekannten Creaturen und Werkzeuge der Bürger May», wie sich Samuel Speck ereiferte. Haller war Mitglied der Munizipalität. Am zweiten Tag war die Situation unverändert. «Sie gehören zur Hefe des Pöbels», schimpfte der Unterstatthalter über die Widerspenstigen und schlug dem Regierungsstatthalter gleichzeitig vor, die Truppen durch andere Soldaten zu ersetzen. Er werde sie dann bei den Begütertesten unter den Übelgesinnten einquartieren. Herosé ging darauf ein und schickte unverzüglich 50–60 andere Franzosen. Er liess Speck freie Hand, die ungehorsamen Gontenschwiler Offiziere entweder gefangen zu nehmen oder mit besonders starker



Einquartierung zu belegen. Die Munizipalität des aufmüpfigen Dorfes aber schickte die Rechnung für alles, was die 35 anfänglich einquartierten Soldaten während 3½ Tagen im Wirtshaus verzehrt hatten – Lebensmittel für Fr. 743.55 –, kurzerhand an Ludwig May. Ihn betrachtete sie offenbar als den Verursacher der neuen Nöte. Der Junker dachte allerdings nicht daran, die Rechnung zu bezahlen (vgl. S. 278)<sup>69</sup>. Das erste Detachement wechselte unterdessen ins Suhrental nach Schöftland. Am Abend des 30. Novembers trafen von dort Waffen in Unterkulm ein, doch war Speck überzeugt, es seien nicht alle. Der Schöftler Munizipalität traute er ohnehin gar nicht. Zudem vermutete er Waffendepots in den Schlössern Schöftland und Rued. Ludwig May teilte ihm allerdings brieflich mit, im Schloss seiner Familie befänden sich lediglich Jagdflinten. Er konnte es dabei nicht lassen, dem Unterstatthalter Vorwürfe zu machen, weil er ihn verdächtige und sich «einen Eingriff in die Eigentumsrechte seines Hauses» erlaube. Speck reagierte entsprechend unwillig und antwortete dezidiert, Mays drohende Haltung sei nicht geeignet, ihn zu beunruhigen. Der früher sehr höfliche Ton zwischen den beiden Männern war Gehässigkeiten gewichen. Beide hatten die Maske fallen lassen<sup>70</sup>.

Schliesslich scheinen auch die erwarteten Gontenschwiler Waffen oder doch die meisten beim Unterstatthalter angekommen zu sein. Dieser legte am 6. Dezember ein Verzeichnis an. Er bemerkte dazu, die Waffenzahl sei nicht sehr gross, da mehrere Gemeinden schon 1798 und 1799 entwaffnet worden seien. Die Sammlung aus allen 16 Kulmer Gemeinden ergab 527 Gewehre – wovon 141 allein aus Unterkulm –, ferner 26 Patronentaschen, 87 Säbel, 12 Pistolen, 7 Bajonette, 5 Hellebarden und 3 Trommeln. Es war Sache des Unterstatthalters, für ein Fuhrwerk besorgt zu sein, das die Waffen nach Solothurn brachte<sup>71</sup>.

Exekutionstruppen mussten auch in den Bezirken Aarau (Gränichen, Schinznach), Zofingen und Brugg eingesetzt werden. Statthalter Herosé hoffte, die eingesammelten Waffen im Kanton behalten zu können, zum Beispiel auf der Festung Aarburg; doch wurden sie, wie eben erwähnt, nach Solothurn abgeführt<sup>72</sup>.

Im Zusammenhang mit der grossräumigen Entwaffnung mussten auch Fuhrleistungen erbracht werden. Mitte November erwartete man in Zofingen eine grosse Ladung Kriegsgerät aus der Innerschweiz. Für den Weitertransport nach Burgdorf waren 50 Zugpferde mit 25 Karrern nötig. Alles hatte der Bezirk Kulm zu stellen. Der Unterstatthalter wurde dabei ausdrücklich angewiesen, auf Gemeinden Rücksicht zu nehmen, «welche die Insurrektion nicht befördert haben». Die Pferde mussten innert zwei Tagen, abends 5 Uhr, in Zofingen eintreffen. Sie würden sonst durch Militär abgeholt, drohte der Regierungsstatthalter zum voraus. Von Reinach ist bekannt, dass es zusammen mit Leimbach sechs der Pferde mit drei Knechten aufzubringen hatte. Das Dorf liess es diesmal vorsichtigerweise auf keine



Auseinandersetzung ankommen und gehorchte. Die Pferde blieben sechs Tage lang unterwegs<sup>73</sup>.

Es fällt auf, wie nervös die Behörden in Kanton und Bezirk in diesen Tagen reagierten. Unterstatthalter Speck, der früher meist einen ruhigen Kopf behalten hatte, erging sich in wütendem Schimpfen über widerspenstige Bürger; der stellvertretende Regierungsstatthalter glaubte Befehle nur noch mit Drohungen durchsetzen zu können. Im Grunde gestanden die Vertreter der Helvetik durch ihr Verhalten ein, dass sie trotz einer Gnadenfrist endgültig abgewirtschaftet hatten. Das Vertrauen zwischen Volk und Regierung, das im Laufe der paar Jahre immer mehr gelitten hatte, war auf dem Nullpunkt angelangt.

Gegen aussen suchte der interimistische Regierungsstatthalter Herosé die Lage allerdings zu beschönigen. In einem Bericht von anfangs Dezember an die aargauischen Deputierten in Paris spielte er die Septemberereignisse völlig hinunter. Ausser den einstigen Emigranten seien nur ganz wenige Freiwillige, höchstens 6–8 aus einer Gemeinde, für die Insurrektion marschiert. Zahlreiche Gemeinden hätten sich «immerfort der Regierung und der Verfassung unerschütterlich treu erwiesen». Die Aushebungen seien überhaupt nur durch «Drohungen und schriftliche strenge Befehle» zustande gekommen. Aus fast allen Gemeinden erhalte er «tägliche Versicherungen, wie leid ihnen die Sache sei» und wie dankbar sie dem «fränkischen Consul» für die Vermittlung seien. Herosé erwähnte dabei insbesondere die uns bekannten Speichellecker-Briefe aus dem Bezirk Kulm. Dass er deren Inhalt für bare Münze nahm, glauben wir ihm nicht. Seine Absicht war zweifellos, den Aargau beim französischen Machthaber in einem nicht allzu schlechten Licht erscheinen zu lassen. Wollte man doch in Aarau den eigenen Kanton behalten! In Wirklichkeit traute Herosé seinen Mitbürgern gar nicht und liess sich durch Gerüchte sehr rasch aus der Ruhe bringen. Eine Woche nach dem ersten Bericht schrieb er nach Paris von erhitzten Gemütern, vor allem in den Bezirken Brugg und Kulm, verursacht durch «größte Thätigkeit» der bekannten Insurgentenchefs. Besonders unsicher fühlte er sich, weil er keine Ahnung hatte, was allenfalls geplant war. So traf er vorsorgliche Massnahmen und ersuchte die französischen Kommandanten im Aargau, in Zusammenarbeit mit den Distriktsstatthaltern möglichst überall Truppen patrouillieren zu lassen, namentlich aber in den Gegenden, die am Septemberaufstand beteiligt gewesen waren<sup>74</sup>.

Die erneut verdächtigten Insurgentenchefs wunderten sich. Nach Mitte Dezember tauchten auch in Reitnau, Attelwil und Schöffland täglich 10–12 Mann starke bewaffnete Patrouillen auf. Ludwig Mays Brieffreund Ringier brachte heraus, dass der Zofinger Platzkommandant den Befehl zu dieser Vorsichtsmassnahme erhalten hatte, «weilen man einen neuen Aufstand besorge und das Landvolk über alle Begriffe irritiert seye und drohe». Obwohl Ringier an Aufstandsbestrebungen nicht glauben konnte, bat er May

doch, da er «einen so großen Einfluß bey dem Volke» habe, beschwichtigend zu wirken, um «unangenehme Auftritte» zu vermeiden. Das Schreiben von Ringier belegt sicher zur Genüge, dass die Führer der aristokratischen Partei zu diesem Zeitpunkt keine Umsturzgedanken mehr hegten. Herosé sah seine Überreaktion bald ein. Am 25. Dezember schrieb er den Deputierten in der französischen Hauptstadt, die Gefahr sei verschwunden, es herrsche wieder «eine friedlichere Stimmung»<sup>75</sup>.

In der gespannten Situation konnten jedoch weitere Widerstands- und Trotzaktionen einerseits und autoritäres Gebaren andererseits nicht ausbleiben. In Gontenschwil hatte die Entwaffnungsaffäre im Januar 1803 ein Nachspiel. Vier Munizipale (von sechs), nämlich Hans Rudolf Frey, Hans Rudolf Schlatter, Hans Rudolf Gautschi und Daniel Haller, veranstalteten auf eigene Faust eine Gemeindeversammlung. Frey übernahm den Vorsitz und liess gegen einigen Protest beschliessen, die Kosten für die Exekution seien nicht von den Verursachern, sondern von der ganzen Gemeinde zu tragen. Es dürfte sich dabei um die Auslagen für beide Exekutionsdetachemente gehandelt haben, da Ludwig May den ihm abgeforderten Beitrag kaum geleistet hatte. Zudem wurden Beschuldigungen gegen das patriotische Munizipalitätsmitglied Hans Rudolf Haller und gegen Armenpfleger Hunziker laut. Einem andern Hunziker wurde sogar sein Weibelamt aberkannt. Die Reaktion des Unterstatthalters folgte auf dem Fusse. Er erklärte die Beschlüsse der nicht bewilligten Versammlung – Kostenumverteilung und Abwahl des Weibels – für «null und nichtig»<sup>76</sup>.

Speck hielt es anfangs Februar an der Zeit, eine Säuberungsaktion in umgekehrter Richtung durchzuführen. So sehr er Veränderungen bei den Munizipalitäten abgeneigt sei, schrieb er dem Regierungsstatthalter, sehe er sich doch genötigt, um einige Änderungen zu ersuchen. Am dringendsten sei die Ablösung der vier selbstherrlichen Gontenschwiler Munizipale, die «durch ihr Betragen stets den allerschlimmsten Geist gezeigt» hätten und «der Oligarchie, folglich auch den Insurgenten-Chefs May unbegrenzt ergeben» seien. Er schlug zu ihrem Ersatz drei Männer vor (bewusst einen weniger), die nach seiner Meinung «zuverlässig zu den Angesehensten und Tüchtigsten von Gontenschwil» gehörten: Kantonsgerichtssuppleant Hans Rudolf Steiner, Verwaltungskammersuppleant Hans Rudolf Bolliger, alt Untervogt Samuel Bolliger. Für «nicht minder schlimm gesinnt» taxierte Speck die Munizipalitätspräsidenten Huber von Oberkulm und Scheurer von Leutwil sowie das Munizipalitätsmitglied Bolliger von Leutwil. In Rued waren ihm die Munizipale Wullschleger und Hans Rudolf Maurer ein Dorn im Auge, die sich «als thätige Werkzeuge der dortigen vormaligen Herrschaftsherren» hatten gebrauchen lassen. Für alle diese ihm suspekten Beamten hatte der Unterstatthalter ebenfalls Ersatzvorschläge bereit. In Reinach schliesslich begehrte Präsident Haller von sich aus die Entlassung, was Speck als «in keiner Rücksicht von Nachtheil» erachtete. Hier wollte

er den Agenten Sebastian Hediger nachrücken lassen, den er schon bei früherer Gelegenheit gerühmt hatte. Interimsstatthalter Herosé schloss sich den Vorschlägen aus Unterkulm im Falle von Gontenschwil und von Reinach an. Hingegen blieben die Munizipale von Rued und von Leutwil und wahrscheinlich auch der Oberkulmer Präsident im Amt<sup>77</sup>. Der aargauische Regierungsstatthalter hatte schon länger die Vollmacht, Munizipalitätsmitglieder, die er nicht für vertrauenswürdig hielt, kurzerhand zu entlassen und auf Grund eines Doppelvorschlages durch die restliche Munizipalität zu ersetzen. Seit dem 6. Dezember 1802 stützte er sich sogar nur noch auf einen Einervorschlag des Distriktsstatthalters. Änderungen liess er jeweils unter der grossspurigen Formel «Der Regierungsstatthalter beschliesst» in sein Protokoll eintragen. Das Wahlrecht der Bürger für die Gemeindebehörden war abgewürgt; die Reste der Gemeindeautonomie waren weiter geschrumpft. Wie hatte man einst die Rechte der helvetischen Bürger als revolutionäre Errungenschaft hochgelobt!<sup>78</sup>

Es kann nicht erstaunen, dass die Aargauer weiterhin offen waren für Aktionen der Berner Aristokraten, etwa wenn diese wieder Unterschriften sammelten oder an Offiziere Brevets und an Soldaten Erinnerungsmedaillen austeilten. Bernische Offiziersbrevets sollen im Februar auch in Hirschthal, Gontenschwil und Reinach aufgetaucht sein. Der Unterstatthalter brachte aber trotz Verhören nichts Genaues an den Tag<sup>79</sup>. Solche Vorfälle waren dazu angetan, die Spannung immer neu anzuheizen.

### *Und wieder die Franzosen*

Mit der französischen Armee kehrten die alten Übel und Nöte in unser Land zurück. Unter Einquartierung hatte der Bezirk Kulm allerdings zunächst nicht mehr zu leiden, da die Truppen wie schon seit dem Sommer 1801 auf die Städte konzentriert waren (von einigen Gemeinden des Bezirks Zofingen abgesehen)<sup>80</sup>. Eine Ausnahme bedeuteten die Exekutionskorps, die im November 1802 in etlichen widerspenstigen Kulmer Gemeinden Waffen eintrieben (S. 275 f.). Im Zusammenhang mit der *Entwaffnung* im Kanton, welche die Bevölkerung ohnehin wieder gegen die Besetzer aufbrachte, machten sich einige französische Kommandanten besonders verhasst. Wohl unübertrefflich war die Arroganz des Platzkommandanten in Lenzburg, welcher in der Stube des dortigen Unterstatthalters erklärte, da habe er zu befehlen, und wenn der Distrikt nicht innert 12 Stunden entwaffnet sei, belege er alle Gemeinden mit Husaren und setze den Statthalter in Arrest. Im Bezirk Kulm lernten Beinwil und Gontenschwil einen andern Platzkommandanten, den von Aarau, ebenfalls von einer sehr fragwürdigen Seite kennen. Während der Anwesenheit einiger seiner Soldaten in Beinwil war er ohne Wissen des aargauischen Regierungsstatthalters dort aufgekruzt. Chancel, so hiess er, war als Kommandant in Aarau bereits durch



masslose Ansprüche unangenehm aufgefallen. Nun forderte er in Beinwil nicht nur alles mögliche, sondern erpresste von der Gemeinde überdies 25 Louisdors in Gold. Dasselbe Spiel hatte er zuvor bereits in Gränichen erfolgreich gespielt. Die Untat in Beinwil stand möglicherweise in Zusammenhang mit einer Behauptung des Kommandanten, seinem Husaren seien die Pistolen gestohlen worden. Wir erinnern uns an einen früheren ähnlichen Vorfall in Gontenschwil (S. 73). Dort trieb Chancel jetzt ebenfalls sein Unwesen. Das Dorf hatte ihm 260 Fr. bar auszuhändigen und erst noch sechs Säcke Kartoffeln nach Aarau nachführen zu lassen. Auch verlangte er für die Soldaten «Rauk- und Schnupftaback». Die Gemeinde setzte dann die Auslagen samt den Verpflegungskosten für die Exekutionstruppen auf die schon erwähnte Rechnung an Ludwig May (S. 276). Beinwil und Gränichen hingegen bemühten sich, die erpresste hohe Summe über die Behörden zurückzuerhalten. Der Regierungsstatthalter wandte sich mit einer Anzeige an das helvetische Kriegsdepartement in Bern und gab seiner Empörung über das allgemeine Verhalten des französischen Offiziers offen Ausdruck. Man erhalte nicht den Eindruck, meinte er, «als wären die fränkischen Truppen anwesend, um den Frieden zu gebieten, sondern vielmehr um zu brandschatzen». Der Kriegsminister erreichte dann beim französischen Obergeneral Ney tatsächlich die Abberufung Chancels als Platzkommandant in Aarau. Dagegen gelang es dem Regierungsstatthalter nicht, die in Gränichen und Beinwil erpressten Gelder zurückzubekommen, obwohl er deswegen zweimal beim französischen General Eppler in Solothurn vorstellig wurde<sup>81</sup>.

Finanziell bekamen die Gemeinden die Anwesenheit der fremden Armee rasch wieder zu spüren. Am 15. November ordnete die Verwaltungskammer an, die zweite Hälfte der im Juli ausgeschriebenen Kriegsteuer (Vermögensabgabe von 1‰) sei nun als Folge der «beträchtlichen Truppenzahl» im Kanton zu entrichten. Die Steuer war damals wegen des bevorstehenden Abzugs der Franzosen auf die Hälfte reduziert worden. Nun hätte der zweite Teil innert acht Tagen berappt werden sollen. Dabei waren die Gemeinden mit der Bezahlung der ersten Hälfte noch stark im Rückstand. Aus dem Distrikt Kulm fehlten am 22. November noch immer gut zwei Drittel, obwohl den Gemeinden anfangs Monat zugesichert worden war, sobald sie die Rate bezahlt hätten, bekämen sie die Entschädigung für den Abtransport der fränkischen Artillerie im August. Im Aargau machte die zweite Steuerhälfte 13 856 Fr. aus. Kaum hatte die Verwaltungskammer ihre Bezahlung befohlen, verfügte der helvetische Senat zusätzlich, der Aargau habe an den Unterhalt der fränkischen Truppen mit 30 000 Fr. beizutragen (das ganze Land mit 625 000 Fr.). Der Regierungsstatthalter erreichte es immerhin, dass die erste Summe als Anzahlung an die neue Steuer angerechnet wurde. Der Bezirk Kulm hatte insgesamt ca. 4260 Fr.



aufzubringen. Gontenschwil wurde mit Fr. 636.40 am meisten belastet, die kleine Burg mit 64 Fr. am wenigsten<sup>82</sup>.

Die neue Anwesenheit der Franzosen brachte auch wieder *Fuhrdienste* mit sich. Anfänglich wurde der Bezirk Kulm wenig tangiert, wenn wir vom Transport am 18. November anlässlich der Entwaffnung der Innerschweiz absehen (S. 276), die ohne Zweifel auf französische Anordnung geschah. Noch Mitte Dezember hiess es bei der Verwaltungskammer, der Distrikt Kulm sehe im Unterschied zu Zofingen keine Truppenmärsche und sei auch von keinen Fuhrungen belastet. Das zweite stimmte allerdings nicht. Allein Reinach stellte mit Leimbach zusammen am 1. Dezember für drei Tage sechs angeschirrte Pferde mit drei Karrern für einen Artillerietransport von Aarau nach Baden und eine Woche später nochmals zwei Pferde mit Mann und Wagen für eine achttägige Requisition. Zumindest Unterkulm und Burg waren an der ersten Fahrt ebenfalls beteiligt. Am 17. Dezember dann wurde der Bezirk Kulm aufgefordert, seinen Zweispänner zur Entlastung von Zofingen bis auf weiteres wieder auf die dortige Station zu schicken. Die Zofinger Stationswagen hatten jetzt aufwärts bis Herzogenbuchsee und abwärts bis Mellingen zu fahren. Die Kulmer liessen sich mehrere Tage Zeit, bis ihr Gefährt in Zofingen eintraf. Gegen Ende Dezember richtete die Verwaltungskammer auf Weisung des französischen Kriegskommissärs in Zürich einen kurzfristigen Park von 15 Wagen in Suhr ein. Er war für den Weitertransport der Waffen bestimmt, die von Zürich und aus der Ostschweiz von Station zu Station herangeschafft wurden. In Suhr wurden die Gewehre auf die Aargauer Dreispänner – bei den ersten Fahrten auf Vier-spänner – umgeladen und anschliessend nach Langenthal weiterbefördert. Die Verwaltungskammer erhob jedoch wegen der zu langen Strecke Einspruch. Sechs Stunden Fahrt seien zuviel, wenn die Pferde unterwegs nicht einmal gefüttert werden dürften. Die begleitenden französischen Soldaten erlaubten das nämlich nicht, sondern zwangen die Fuhrleute, «unaufhalt-sam an den Ort ihrer Bestimmung zu fahren». Der helvetische Regierungskommissär erreichte dann bei den französischen Militärbehörden nach einigen Tagen die Rückverlegung der Station nach Murgenthal. Die Verwaltungskammer liess zunächst drei Fahrten durch Fuhrwerke aus dem Bezirk Aarau ausführen. Dann wurde gewechselt. Auf den 4. Januar, abends, wurden zehn Gespanne aus dem Distrikt Kulm und fünf aus dem Distrikt Lenzburg zu den nächsten drei Transporten aufgeboden. In einer dritten Runde hatten die Bezirke Kulm und Lenzburg mit je fünf Wagen zu fahren und der Bezirk Aarau nördlich der Aare (samt dem Schenkenbergertal) mit den restlichen fünf<sup>83</sup>.

Über die weiteren Requisitionsleistungen des Bezirks Kulm im Jahr 1803 sind wir nur unvollständig orientiert. Auf der Station Zofingen war offensichtlich durchgehend ein Wagen im Einsatz. Die Unterkulmer Rechnungen erwähnen den Dienst in Zofingen vom 10. März bis zum 20. Mai und den

anschliessenden vom 21. Mai bis zum 23. Juli. Mindestens vereinzelt müssen aber auch wieder Extrafahrten stattgefunden haben, wie sporadische Quellenangaben belegen. Am 4. Januar fanden sich zwei Zweispänner aus Reinach-Leimbach für ein mehrtägiges Aufgebot in Aarau ein. Zweck und Ziel der Fahrt sind nicht bekannt. Andere Gemeinden blieben sicher nicht restlos verschont. Die Gemeinderechnung von Hirschthal weist für 1803 so viele nicht näher umschriebene Requisitionsposten auf – zusammen rund 90 Gulden –, dass sich nicht alle auf den Zofinger Dienst bezogen haben können. Ein guter Teil der Aufgaben wurde auch jetzt wieder durch den Kulmer Gemeindeverband durchgeführt, der sich früher schon bewährt hatte (S. 106 ff.). Wiederholt besprachen sich die Gemeindevertreter am Bezirkshauptort. Der Teufenthaler Präsident Mauch zum Beispiel begab sich am 31. März und am 27. Mai dorthin «wegen Requisitionsfahren, die den ganzen Bezirk angegangen». Der Burger Präsident kam anfangs Juni in Kulm mit Vertretern von Rued und von Schöffland zusammen, um eine strittige Requisitionsangelegenheit zu regeln. Teufenthal führte am 1. Oktober noch eine Requisitionsfuhre nach Brugg durch und Unterkulm am 23. Oktober eine andere mit unbekanntem Ziel<sup>84</sup>. Aufgebote für Pferde und Wagen erfolgten zweifellos nochmals im Februar 1804, als die französischen Truppen unser Land definitiv verliessen.

Die Kosten für die Fuhrdienste lasteten auch in dieser Zeit praktisch voll auf den Gemeinden. Die Verwaltungskammer ersetzte zwar ihre Auslagen. So bezog Unterkulm im Laufe des Jahres 1803 Requisitions-Vergütungen von insgesamt 97 Gulden, teils direkt von der Kammer, teils über andere Gemeinden oder den Bezirkskassier Siegrist in Leimbach<sup>85</sup>. Doch die Entschädigungen wurden wie früher mit Hilfe der zuvor eingetriebenen Steuergelder ausgerichtet (S. 108 f.).

Auch um *Einquartierungen* kam der Bezirk Kulm nicht ganz herum. Zumindest in Unterkulm müssen sich im März 1803 französische Truppen befunden haben. Samuel Berner fuhr im Laufe des Monats dreimal mit einem Zweigespann nach Aarau, um dort Fleisch und Brot zu holen; und Bärenwirt Weber stellte später Rechnung «für verschiedene Zehrungen von fränkischen Offiziers und Soldaten». Aber auch Hirschthal hatte Einquartierung. Schuhmacher Samuel Müller musste dort für französische Soldaten «Roßgschir» und Schuhe flicken. Zum Dank dafür entwendeten sie ihm einen Sack im Werte von 20 Batzen<sup>86</sup>.

Alles in allem wirkte sich die Besatzung für den Distrikt Kulm doch weniger drückend aus als in der ersten Phase. Die Fuhrdienste waren vergleichsweise beschränkt, die Einquartierungen mit all ihren Umtrieben fielen fast ganz weg, die unangenehmen Heulieferungen wiederholten sich nicht. Die finanzielle Belastung war aber auch jetzt beträchtlich. Und angesichts der nun seit Jahren andauernden Leiden waren die neuen Nöte für die Bevölkerung schlimm genug.